

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

21.7.1919 (No. 200)

Bestenfalls: in Karlsruhe frei ins Haus geliefert monatlich 1.80 M., vierteljährlich 4.70 M., an den Ausgabestellen abgeholt monatlich 1.80 M. Answärts durch die Post frei ins Haus gebracht vierteljährlich 6.80 M. Einzelnummer 10 Pf.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die Gede. Nonpareille-zeile oder deren Raum 25 Pf., Restame. 1 Mtl. an erst. Stelle 1.20 Mtl. auf diese Weise 30% Feuerungs- und Abfall nach Tarif. Anzeigen-Annahme bis 12 Uhr mittags, spätere Anzeigen nach 1 bis 4 Uhr nachmittags. Verordnungsblätter: Geschäftsstelle Nr. 203, Berlin Nr. 207, Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Berlin, Schriftleitung und Geschäftsstelle Mittelstraße 1.
Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Chefredakteur: Gustav Neupert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Solales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Beilagen: Carl Seiffner; für Inserate: Paul Kusmann. Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buchhandlung m. B. S., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Breitenstraße 65/66. Fernsch.-Amt Ulfand 2502. Für unverlangte Manuskripte oder Druckfahnen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Vorsto beauftragt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 21. Juli 1919

Nr. 200.

Demokratischer Parteitag.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:
Der gestrige Sonntag, an dem die Zahl der Teilnehmer an dem Parteitag so gestiegen war, daß der große Saal der Philharmonie die Menge kaum fassen konnte, brachte zuerst eine großzügige Rede des Grafen Bernstorff über unsere zukünftige Außenpolitik. Es konnte nicht wundernehmen, daß er sehr lebhaft für die Völkervereinigung eintrat, lebhafter wohl, als Graf Brockdorff-Rantzau, der zuerst über dieses Thema sprechen sollte, es getan hätte. Graf Bernstorff ließ dabei durchblicken, daß seine langjährige Anwesenheit in Amerika wesentlich zu dieser Auffassung beigetragen habe, da dort jener Gedanke die meisten Freunde habe. Er stellte fest, daß wir uns in der auswärtigen Politik mit Resignation wappem müssen, denn eine große Weltpolitik, wie wir sie vor dem Kriege geführt haben, könnten wir natürlich jetzt nicht mehr treiben. Der Friedensvertrag ist von der Regierung unter Protest unterzeichnet worden. Dieser Protest gilt. Aber die Ehrlichkeit, die fortan die Lösung der deutschen Außenpolitik sein muß, erfordert, daß wir den Vertrag nach unserem besten Können erfüllt erfüllen. Zugleich aber müssen wir fortgesetzt die Revision des Friedensvertrages verlangen, die, wie Graf Bernstorff mit erhebender Stimme betonte, uns von unseren Gegnern bereits zugesagt ist. Infolge der lauten Propaganda und der großen Wut eines Teiles der öffentlichen Meinung Deutschlands berufen sich unsere Gegner auch jetzt noch darauf, Deutschland bereite einen Raubkrieg vor, und deshalb müsse die feindliche Koalition zusammengehalten werden. Das ist natürlich eine vollkommenen Verkennung der Verhältnisse. Wir wollen nicht und können auch nicht einen Raubkrieg führen; an die Stelle der Raub- und Raubwollen will das reale Bestreben der Gerechtigkeit und der Sittlichkeit setzen. Hier ertönte laute Zustimmung im Saal. Der Völkerverbund brauche seine jetzige Gestalt ja nicht zu behalten, er steht auch dem nationalen Gedanken nicht etwa feindlich gegenüber, denn zu seinem Grundprinzip gehört das Selbstbewußtsein der Nationen. Und so muß es uns auf diesem Boden gelingen, unsere verlorenen deutschen Brüder zurückzuerhalten und ebenso uns mit den Deutsch-Oesterreichern zu vereinen. Vor allem aber wird der Völkerverbund es uns ermöglichen, wirkungsvoll für die Befreiung der Besatzungsgebiete der linksrheinischen Gebiete einzutreten. Das ist eine der Hauptaufgaben unserer auswärtigen Politik. Es werde eingemeldet, Deutschland dürfe dem Völkerverbund nur unter der Bedingung beitreten, daß die Revision des Friedensvertrages vorher erfolge. Das dürfte aber eine Politik der Illusion sein. Die gegen uns gerichtete Koalition ist noch so stark, daß sie noch lange zusammenhalten wird. Wenn wir nicht den Wunsch haben, in den Völkerverbund sofort aufgenommen zu werden, so werde dies als Propaganda gegen uns benutzt werden. Eine einseitige Orientierung nach Amerika hin schlug Graf Bernstorff nicht direkt vor, aber er betonte noch einmal, daß doch in den Vereinigten Staaten die meisten Freunde des Völkerverbundes seien. Wichtig sei auch die Wiederanbahnung der Beziehungen zu Japan und China, wobei wir der dort vertretenen Deutschen gedanken müssen. Zusammenfassend jagte der Redner am Schluß, die deutsche auswärtige Politik sollte sich dahin orientieren, in einen wahren, idealen Völkerverbund einzutreten, um mit dessen Hilfe die uns angelegten Forderungen der Friedensbedingungen zu erlangen. Politische Ehrlichkeit und Gerechtigkeit müssen unsere Lösung sein. Hierzu sei erforderlich, daß unsere öffentliche Meinung das Problem klar erkenne und in Zukunft ebenso energisch für diese Idee eintrete, wie leider die frühere Regierung auf den Haager Konferenzen immer Defizitation gegen den Friedensgedanken getrieben habe.

Der Vorsitzende dankte dem Grafen Bernstorff für die Ausführungen, die sich ebenso von Kraftmaßern wie von Schwächlingen fern hielt. Er fügte noch hinzu, die Diplomatie dürfe nicht wie früher ein Buch mit vielen Siegeln für das Volk bleiben.
In der nach der Rede des Grafen Bernstorff eingehenden Aussprache traten die verschiedenen Richtungen innerhalb der Partei hervor, wie das ja auch schon in der demokratischen Presse während der letzten Wochen geschehen ist. Man darf hoffen, daß dieser Parteitag zu einer Klärung in den bedeutendsten und wichtigsten Fragen führt. Im Vordergrund stand geteilt natürlich die Frage der Unterzeichnung des Friedens. Der Abg. Frh. v. Nischhofen war bestrebt, die von ihm eingenommene Haltung zu rechtfertigen. Wenn der Frieden nicht unterzeichnet worden wäre, würde eine deutsche Außenpolitik unmöglich sein, weil dann kein deutsches Reich mehr bestände. Auf einen Zurruf aus dem Saal erklärte er ferner, wenn die Demokraten im Kabinett geblieben wären, würde das Schuldenproblem nicht zustande gekommen sein.
Ganz anderer Meinung wie er ist der Abgeordnete Friedrich Rammann, der sich zum Teil mit ungewohnter Schärfe direkt gegen Nischhofen wendet, dem er Schimpflieder vorwirft.

Die Schwere des Friedensvertrages werde man erst in einigen Monaten erfassen können. Noch deutlichere Worte findet der Abg. Dr. Gothein. Er erklärte offen, daß er persönlich der Hauptbestürzung für die Ablehnung des Friedensvertrages im Kabinett gewesen ist. Heute sprach er direkt von einer Unehrllichkeit, die darin liege, daß nach dem „Annamensbar“ vom 12. Mai dann doch die Unterzeichnung am 24. Juni beschlossen wurde. Mit sehr großer Schärfe greift er Erzberger an, dem er insbesondere vorwarf, durch falsche Informationen der ausländischen Presse der Regierung das Rückrad gebrochen zu haben, um in einer neuen Regierung der anschlagegebende Mann zu werden.
Es folgen dann noch ziemlich heftige Meinungsäußerungen über die Ausscheidung der Fraktion aus der Regierung. Der Fraktionsvorsitzende Schiffer muß sich gegen Angriffe auf seine Weimarer Rede sehr energisch wehren. Er tut es aber mit einem gewissen Geschick und erklärt besonders, daß von einem Abmarsch nach rechts keine Rede sein könne. Stürmischer Beifall folgte seinem Ausruf: „Wir Demokraten sind national bis auf die Knochen, aber nicht nationalistisch.“ Vertreter der besetzten Gebiete be-

Krise in der französischen Regierung.

Der Tadel für das französische Kabinett.
Paris, 19. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse bespricht die gestrige Abstimmung in der Kammer. „Matin“ jagt die Mehrheit der Kammer hebe in den Vandalengängen erklärt, daß die Abstimmung ein formaler Tadel der Regierungspolitik sei. Man habe nicht nur den Minister Vorel, sondern die Gesamtpolitik des Kabinetts treffen wollen.
Das Blatt schreibt, Clemenceau werde in der nächsten Kammer Sitzung am Dienstag eine Verzehrsfrage stellen, damit die Kammer Gelegenheit habe, ihre unabweisbare Meinung auszusprechen.
Clemenceaus „Somme Libre“ erklärt kategorisch, Vorel sei geschlagen und werde sich zurückziehen. „Berth“ meint, die Regierung habe schon seit langem das Vertrauen der Kammer verloren, wie sie das Vertrauen des Landes verloren habe. Kein Mensch könne behaupten, daß nur Vorel und einige unwichtige Minister getroffen seien. Das ganze Kabinett habe den Todesstoß erhalten. „Humanité“ ist befriedigt von der Abstimmung und sieht darin einen Erfolg der Arbeiterbewegung gegen die Regierung. Weiche Clemenceau am Kuber, dem bezweifelbar die Schwierigkeiten selbst wenn er beibehalten werde, daß das öffentliche Interesse ihm das Verbleiben an der Spitze der Regierung zur gebieterischen Pflicht mache.

Der Rücktritt des Ernährungsministers.

Paris, 20. Juli. (Wolff.) Ministerpräsident Clemenceau hat die Entlassung des Ernährungs- und Ernährungsministers Vorel in Verfolg der Abstimmung in der französischen Kammer mitgeteilt. Vorel hat sich dem Ernährungsminister in Petersburg den ehemaligen Bolschewiken in Petersburg vorzuziehen dem Präsidenten der Republik vorkommen.
An den Bandenführern der Kammer saßen einige sozialistische Abgeordnete, wie „Kobule“ mitteilt, für Dienstag den Sturz des Kabinetts Clemenceaus voran.

Kein Frauenstimmrecht in Frankreich.

Paris, 19. Juli. Die Kommission des Senates verwarf mit 10 Stimmen gegen 3 die einer Stimmenthaltung das Frauenstimmrecht.

Die Früchte der Streikvorhänge.

Paris, 20. Juli. (Wolff.) Jouhaux's Dragan „La Bataille“ verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Hinwegnehmens des Generalstreikes Unterordnung unter die Disziplin. Erst nachdem der Verwaltungsrat dem Nationalrat der Gewerkschaften Bericht erstattet haben würde, könne offen gesprochen werden. Clemenceaus Drohung habe man sich nicht unterworfen. Unter dem Druck der ungeliebtesten Bewegung sei die Amnestie von 150 000 politischen und militärischen Beurteilten zustande gekommen. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Damit sei innerpolitisch vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetrifft, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

Auflösung des französischen Hauptquartiers.

Paris, 21. Juli. (Wolff.) Nach dem „Matin“ wird das französische Hauptquartier ab 1. August aufgehoben.

Die neuen Bedingungen für Deutsch-Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Bern, 21. Juli. Die Friedenskonferenz hat die Reduktion des Friedensvertrages mit Oesterreich beendet. Am Sonntag vormittag hat Dutaia dem Staatskanzler Kerner in St. Germain den vervollständigten Friedensvertrag mit Oesterreich überreicht. Die an dem ursprünglichen Vertrage vorgenommenen Änderungen beziehen sich auf die Gebiets- und Wirtschaftsklauseln. In Mähren ist die Grenze leicht verschoben, um den Tischen an der Donau einen Brückenkopf zu gewähren. Dagegen sind Oesterreich in Un a o r n gewisse deutschsprachige Distrikte ausermacht worden. In Steiermark und

zu haben, um in einer neuen Regierung der anschlagegebende Mann zu werden.
Es folgen dann noch ziemlich heftige Meinungsäußerungen über die Ausscheidung der Fraktion aus der Regierung. Der Fraktionsvorsitzende Schiffer muß sich gegen Angriffe auf seine Weimarer Rede sehr energisch wehren. Er tut es aber mit einem gewissen Geschick und erklärt besonders, daß von einem Abmarsch nach rechts keine Rede sein könne. Stürmischer Beifall folgte seinem Ausruf: „Wir Demokraten sind national bis auf die Knochen, aber nicht nationalistisch.“ Vertreter der besetzten Gebiete be-

Krisen in der französischen Regierung.

Paris, 19. Juli. Die gesamte Pariser Morgenpresse bespricht die gestrige Abstimmung in der Kammer. „Matin“ jagt die Mehrheit der Kammer hebe in den Vandalengängen erklärt, daß die Abstimmung ein formaler Tadel der Regierungspolitik sei. Man habe nicht nur den Minister Vorel, sondern die Gesamtpolitik des Kabinetts treffen wollen.
Das Blatt schreibt, Clemenceau werde in der nächsten Kammer Sitzung am Dienstag eine Verzehrsfrage stellen, damit die Kammer Gelegenheit habe, ihre unabweisbare Meinung auszusprechen.
Clemenceaus „Somme Libre“ erklärt kategorisch, Vorel sei geschlagen und werde sich zurückziehen. „Berth“ meint, die Regierung habe schon seit langem das Vertrauen der Kammer verloren, wie sie das Vertrauen des Landes verloren habe. Kein Mensch könne behaupten, daß nur Vorel und einige unwichtige Minister getroffen seien. Das ganze Kabinett habe den Todesstoß erhalten. „Humanité“ ist befriedigt von der Abstimmung und sieht darin einen Erfolg der Arbeiterbewegung gegen die Regierung. Weiche Clemenceau am Kuber, dem bezweifelbar die Schwierigkeiten selbst wenn er beibehalten werde, daß das öffentliche Interesse ihm das Verbleiben an der Spitze der Regierung zur gebieterischen Pflicht mache.

Der Rücktritt des Ernährungsministers.

Paris, 20. Juli. (Wolff.) Ministerpräsident Clemenceau hat die Entlassung des Ernährungs- und Ernährungsministers Vorel in Verfolg der Abstimmung in der französischen Kammer mitgeteilt. Vorel hat sich dem Ernährungsminister in Petersburg den ehemaligen Bolschewiken in Petersburg vorzuziehen dem Präsidenten der Republik vorkommen.
An den Bandenführern der Kammer saßen einige sozialistische Abgeordnete, wie „Kobule“ mitteilt, für Dienstag den Sturz des Kabinetts Clemenceaus voran.

Kein Frauenstimmrecht in Frankreich.

Paris, 19. Juli. Die Kommission des Senates verwarf mit 10 Stimmen gegen 3 die einer Stimmenthaltung das Frauenstimmrecht.

Die Früchte der Streikvorhänge.

Paris, 20. Juli. (Wolff.) Jouhaux's Dragan „La Bataille“ verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Hinwegnehmens des Generalstreikes Unterordnung unter die Disziplin. Erst nachdem der Verwaltungsrat dem Nationalrat der Gewerkschaften Bericht erstattet haben würde, könne offen gesprochen werden. Clemenceaus Drohung habe man sich nicht unterworfen. Unter dem Druck der ungeliebtesten Bewegung sei die Amnestie von 150 000 politischen und militärischen Beurteilten zustande gekommen. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Damit sei innerpolitisch vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetrifft, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

Auflösung des französischen Hauptquartiers.

Paris, 21. Juli. (Wolff.) Nach dem „Matin“ wird das französische Hauptquartier ab 1. August aufgehoben.

Die neuen Bedingungen für Deutsch-Oesterreich.

(Eigener Drahtbericht.)
5. Bern, 21. Juli. Die Friedenskonferenz hat die Reduktion des Friedensvertrages mit Oesterreich beendet. Am Sonntag vormittag hat Dutaia dem Staatskanzler Kerner in St. Germain den vervollständigten Friedensvertrag mit Oesterreich überreicht. Die an dem ursprünglichen Vertrage vorgenommenen Änderungen beziehen sich auf die Gebiets- und Wirtschaftsklauseln. In Mähren ist die Grenze leicht verschoben, um den Tischen an der Donau einen Brückenkopf zu gewähren. Dagegen sind Oesterreich in Un a o r n gewisse deutschsprachige Distrikte ausermacht worden. In Steiermark und

richteten dann über ihre traurige Lage, betonten aber zumeist mit Wärme, daß sie am Deutschen Reich und an ihrem Deutschtum unverbrüchlich festhalten wollen und nicht aufhören werden, an die Wiedervereinigung mit dem großen Vaterland zu glauben.
Der preussische Minister Fischel gibt noch Erklärungen über die Haltung der preussischen Regierung zur Frage des Einheitsstaates und stellt besonders die Haltung der preussischen Landtagsfraktion zu dem Verfassungsentwurf von Minister Preuß dar. Der Akt liegt bei ihm, der sich gleich bei Beginn seiner Rede stolz als Preuze bekannt hat und die Notwendigkeit betont, Preußen unbedingt zu erhalten.
Gegen Abend wurde die Aussprache, die bis dahin ziemlich bewegt gewesen war, bemerkbar matter. Schließlich ist der Saal ziemlich leer geworden und die Abstimmungen müssen deshalb vertagt werden.

Die Steuerabgabe vom Vermögenszuwachs.

Aus dem Bündel der neuen Steuerentwürfe, die von den früheren Ministern Schiffer und Dernburg ausgearbeitet, vom Reichsfinanzminister Erzberger der Nationalversammlung vorgelegt worden sind, ist neben dem Entwurf der außerordentlichen Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 jener über eine Steuerabgabe vom Vermögenszuwachs von besonders einschneidender Wirkung.
Während der erigeannte Entwurf die Abgabepflicht der Einzelpersonen und der Gesellschaften umfaßt, betrifft die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs lediglich Einzelpersonen; diese haben schon auf Grund der früheren Gesetze den bis zum 31. Dezember 1917 erzielten Vermögenszuwachs versteuert. Der neue Entwurf sieht eine abschließende Besteuerung dergestalt vor, daß nun der ganze Zeitraum vom 1. Januar 1914 bis zum 31. Dezember 1918 hinsichtlich der eingetragenen Vermögensvermehrung erfaßt werden soll.
Dem Anfangsvermögen wird also das sogenannte Mehrbeitragsvermögen zugrunde gelegt. Die Vermögensfeststellung vom 31. Dezember 1918 erfolgt nach den Vorschriften des Vermögensgesetzes, jedoch mit einigen nicht unwesentlichen Abweichungen; es können von dem Endvermögen gewisse Beträge abgezogen werden, z. B. der Erwerb aus einem Erbschaft, der Kapitalwert von Rentenleistungen, die erhaltene Kapitalsauszahlung aus Versicherungen sowie der Vermögenszuwachs, der aus der Veräußerung ausländischer Grund- oder Betriebsvermögen oder sonstiger Gegenstände beruht, die bei Feststellung des Anfangsvermögens zum nicht steuerbaren Vermögen gehört haben (Möbel, Silber usw.). Als Abzug ist ferner zulässig die von dem Abgabepflichtigen nach dem Kriegsabgabegesetz für das Rechnungsjahr 1918 und nach dem oben besprochenen Kriegsabgabegesetz von 1919 zu entrichtenden Abgabebeträge, soweit sie am Ende des Veranlagungszeitraumes noch geschuldet werden, die von dem Abgabepflichtigen für das Rechnungsjahr 1918 oder für frühere Jahre noch geschuldete Staats-, Gemeinde-, Kirchen-, Umlage- und Wehrsteuer und schließlich die für das Rechnungsjahr 1919 noch fällige Staats-, Gemeinde- und Gewerbesteuer. Dagegen werden dem Vermögen wieder hinzugerechnet die von dem Abgabepflichtigen bewirkten Erhebungen unter den bekannten Voraussetzungen, die Beträge, welche zum Erwerb ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens oder zum Erwerb von Zugsgegenständen verwendet worden sind; ferner Beträge, die zu Anschaffungen über den gewöhnlichen Bedarf des Abgabepflichtigen hinaus getätigt wurden. Ebenso wird dem Endvermögen hinzugerechnet der Betrag der nach dem Vermögensgesetz von 1916 von dem Abgabepflichtigen während des Veranlagungszeitraumes gezahlten Kriegssteuer. Bei Feststellung des Endvermögens dürfen Kriegssteuerbeträge, die infolge Stundung am Ende des Veranlagungszeitraumes noch geschuldet werden, nicht in Abzug gebracht werden.
Die Abgabe vom Vermögenszuwachs soll nur erhoben werden, wenn das Endvermögen unter Berücksichtigung der Hinzurechnung mehr als 10 000 Mark beträgt und der Zuwachs soll der Abgabe nur insoweit unterliegen, als er 5000 Mark übersteigt.
Hinsichtlich der Staffelung des Tarifs bringt der Entwurf einen Vorschlag der Reichsregierung und einen Vorschlag des Staatenausschusses. Der Regierungsentwurf ist härter. Er schlägt vor, den Vermögenszuwachs voll, also mit 100 Prozent zu erfassen, der den Betrag von 204 000 Mark übersteigt, wohingegen der Staatenausschuß diese hundertprozentige Besteuerung erst bei 440 500 Mark vorschlägt.
Die Kriegsabgabe ist zur Hälfte binnen drei Monaten, zu ein Viertel binnen sechs Monaten und mit dem letzten Viertel binnen neun Monaten nach Zustellung des Steuerbescheides zu entrichten; auf Antrag kann zur Vermeidung erheblicher Härten eine Stundung auf längstens zwanzig Jahre, eventuell unter Bewährung von Teilzahlungen bei fünfprozentiger Verzinsung, gewährt werden. Der Abgabepflichtige kann verlangen, daß Vermögensverluste, die er in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 erlitten hat, bei Berechnung des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses in Abzug gebracht werden.
Die Steuerentwürfe werden in aller nächster Zeit Gegenstand der Beratung in der Nationalversammlung sein und vermutlich eine ganze Reihe bedeutender Änderungen erfahren. Mit einer wesentlichen Ermäßigung der Steuerhöhe zu rechnen, wäre allerdings unbegründeter Optimismus.

Die Kopenhagener in Wien.

Wien, 20. Juli. (Wolff.) Da Deutsch-Oesterreich infolge unzureichender Kohlen einläufe vor einer Katastrophe steht, hat die Regierung die Bahnen veranlaßt, aus ihren ohnehin geringen eisernen Beständen das Wiener Elektrizitätswerk zu unterstützen. Es ist unerlässlich, daß diese von den Bahnen gelieferten Kohlen binnen weniger Tage zurückerstattet werden, wenn nicht mit dem vollständigen Zusammenbruch des Bahnverkehrs gerechnet werden soll. Vom 20. Juli an dürfen die städtischen Straßenbahnen nur bis 10 Uhr abends fahren. Gleichzeitig erudt die deutsch-oesterreichische Regierung die Regierung der Alliierten, unverzüglich die tschecho-slowakische, polnische und deutsche Regierung aufzufordern, die Kohlenzufuhr nach Wien zu steigern.

Die Dipolitik Amerikas.

Amerika und die Schantungfrage.

Rotterdam, 19. Juli. (Wolff.) Dem „Nieuwe Rotterdammer Courant“ zufolge erklärte Senator Williams im amerikanischen Senat, Japan werde Schantung nicht preisgeben, wenn es nicht durch Krieg dazu gezwungen werde. Williams fragte: Sind wir bereit, unsere Flotte und unsere Truppen nach dem Stillen Ozean zu senden? Diese Erklärung von Williams machte großen Eindruck, besonders da Williams einer der bekanntesten Parteigänger Wilsons ist und das Vertrauen des Präsidenten in hohem Maße genießt. Senator Vora erklärte: Ich glaube nicht, daß es zum Kriege mit Japan kommen wird. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß das amerikanische Volk niemals bereit sein wird, diesen Vertrag zu unterzeichnen, und sich dadurch mitschuldig zu machen, daß fünfzig Millionen hilfloser Chinesen zu Sklaven Japans gemacht werden. Wenn dies die einzige Alternative ist, dann bin ich bereit, ihr ins Antlitz zu sehen. Wir würden das am besten jetzt ausmachen können.

Die amerikanische Flotte für den Stillen Ozean.

Ob Point Comfort (Virginia), 20. Juli. (Reuter.) 6 erkrankte Seeschiffe und 30 Retter sind als Vorhut der neu zusammengeordneten Flotte von 200 Schiffen für den Stillen Ozean über den Panamakanal nach dem Weiten abgegangen.

Nach der Ratifizierung.

Kaiser Karl.

Wien, 20. Juli. Der „Neue Tag“ meldet: In diplomatischen Kreisen verlautet, daß der ehemalige Kaiser Karl demnächst den König von England auf dessen Einladung besuchen werde. Es scheint sich um die Reue von finanzieller Krone und um die Möglichkeit einer Heirat mit der Königin zu handeln.

Polnisch-litauische Truppen gegen die Bolschewisten.

(Eigener Drahtbericht.)
b. Königsberg, 21. Juli. Aus Riga wird gemeldet: Die litauisch-polnischen Truppen nahmen den Kampf gegen die rote Armee an der Dünafront auf. Sie durchdrangen die Front und nahmen Stenbock ein, einzelne Abteilungen drangen bis nach Dünamünde vor, mußten aber wieder zurückgezogen werden. Die Front verläuft jetzt auf der Linie Marij-Bienewski-Borch-Dubantischer See. Die Bolschewisten kämpfen verzweifelt. Sie sind mit Panzerzügen und Kanonenwagen ausgestattet.

Sturm auf das polnische Landratsgebäude.

b. Berlin, 20. Juli. Dem „Berl. Boten“ wird aus Warschau gemeldet: Mehrere Tausend Arbeiter und Arbeiterinnen, die an öffentlichen Arbeiten verwendet wurden, versuchten das polnische Landratsgebäude zu kürmen, um von dem gerade tauchenden Landrat eine Lohn-erhöhung zu fordern. Polizei und Militär stellten sich ihnen entgegen. Die von den Landräuten nicht aufhalten ließen, gaben Militär und Polizei Feuer. Eine Anzahl Toter und Verwundeter blieb auf dem Platze.

Ein polnischer Plan.

Gefingens, 21. Juli. (Wolff.) Aus Kiew wird das Eintreffen eines polnischen Bevollmächtigten gemeldet, der sich zu Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen und der Ukraine nach Finnland begeben sollte.

Türken und Griechen.

b. Versailles, 20. Juli. Der Oberste Rat hat auf die Beschwerden der Türken beschlossen, eine Untersuchungskommission nach Kleinasien zu schicken, um an Ort und Stelle festzustellen, welchen Schaden die Griechen anrichtet haben.

Englands Truppenstärke.

Amsterdam, 21. Juli. Den englischen Blättern zufolge teilt Churchill mit, daß die englische Truppenstärke in Mesopotamien und Indien nicht vermindert werden könne, da afghanische und bolschewistische Truppen in diesen Ländern tätig seien.

Die englische Rheinarmee, die augenblicklich aus 10 Divisionen besteht, werde im Spätherbst auf zwei Divisionen vermindert werden.

Schwarzmeerregionen von Churchill.

Amsterdam, 21. Juli. Englischen Blättern zufolge hielt Churchill auf einem Abendessen des britischen Parlaments eine Rede, in der er erklärte, die militärische Lage in Rußland würde wahrscheinlich entscheiden, ob die Ergebnisse des Friedens den Krieg auf sich auswirken werde, beiseite und es schlichter ermöglicht werde, sich zu erholen. Churchill sagte weiter: Die siegreichen Nationen rufen ab, die Bolschewisten jedoch tun das Gegenteil. Der Bolschewismus entwickelt sich zu einer Militärdemokratie, die in der Lage sein werde, mit Deutschland zusammenzugehen. Er sei gewiss, darauf hinzuweisen, daß sich von China bis zum Weisse eine große bewaffnete Macht bilden könnte, die von Ost gegen die alliierten Mächte durchdringen, durch die Aussicht auf Macht und Reichtum getrieben werde.

Eine unbecommene Anfrage.

Bern, 20. Juli. Turati brachte in der Deputiertenkammer eine Interpellation wegen Einmischung der französischen Kolonialmacht in innere Angelegenheiten Italiens, vor allem beim letzten Kabinetswechsel, ein. Ministerpräsident Nitti erwiderte, daß die Interpellation schwerwiegende politische Fragen betrafte, die sehr bedenkliche Rückwirkungen haben könnten, weshalb er den Interpellanten bitte, seine Anfrage zurückzuziehen. Turati leitete dieser Bitte Folge.

Amerikanisch-deutscher Handel.

Amsterdam, 21. Juli. Laut „Rechtsbureau“ sind in Amerika 68 000 Tonnen Schiffsräume für den Handel mit Deutschland bereit gestellt. Zwei Schiffe werden demnächst abgehen. Alle Schiffe fahren Ende dieses Monats oder Anfangs August ab.

Die Aufnahme der Beziehungen.

Amsterdam, 20. Juli. Nach einer Neuentdeckung aus Paris hat der Oberste Wirtschaftsrat angedeutet, daß Antwerpen einer der Häfen für die Rückführung von La Plata Weizen für Deutschland sein soll. Der Rat hat den Alliierten empfohlen, die russischen Gefangenen in Deutschland mit Lebensmitteln zu versorgen. Er hat ferner einen Austauschplan erlassen, der die Wiedereröffnung des Kohlenhandels mit Deutschland in Erwägung ziehen soll.

Der Weltproteststreik.

Der Zustand in Berlin.

Berlin, 21. Juli. Zu dem heutigen Demonstrationstreik der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wird mitgeteilt, daß sowohl die große Berliner als auch die Siemensbahn und die städtische Straßenbahn von heute früh ab die Arbeit einstellen, um sie erst morgen früh wieder aufnehmen zu können. Die Hoch- und Untergrundbahnen werden sich dem Streik anschließen. Das kaufmännische Personal beteiligt sich nicht an dem Streik. Bei dem Fahrpersonal der Omnibusgesellschaft hat die bessere Einsicht gefiegt. Der Verkehr auf den Omnibuslinien wird in der gewohnten Weise durchgeführt. Der städtische Ring- und Vorortverkehr erleidet keine Einschränkung, da die überwiegende Mehrzahl der Eisenbahner dem Gedanken eines neuen Generalstreiks ablehnend gegenübersteht. Ebenso wird der Fernverkehr voll aufrecht erhalten. Als bezeichnend wird es angesehen, daß sich auch die Arbeiterchaft der sogenannten lebenswichtigen Betriebe zu der unabhängigen Streikparole bekannt hat. In den badiischen Elektrizitätswerken ruht der Betrieb ganz. Die Arbeiter in den badiischen Gaswerken streiken ebenfalls. Die städtischen Wasserwerke hoffen man, mit Hilfe arbeitswilliger Kräfte im Gang gehalten zu können. Wie sich die Arbeit in den großen privaten Industriebetrieben gestaltet, muß abgewartet werden.
Die „Deutsche Allg. Ztg.“ sagt: Wohl nie ist ein Streik weniger begründet und sinnloser gewesen, als der, den wir heute erleben sollen. In dieser Weise mit dem Wirtschaftsleben handzuhaben, ist freilich...

Das Organ der Münchner Unabhängigen veröffentlicht, wie der „Vorwärts“ mitteilt, die Antwort, die ihm seitens der Zentralleitung der U. S. ausgegangen ist. In dem Schreiben heißt es: In verschiedenen Parteifreien ist die Meinung verbreitet, als ob am 21. Juli zusammen mit den Parteigenossen in Italien, Frankreich und England usw. auch die deutschen Arbeiter in einen Demonstrationstreik treten sollten. Diese Auffassung ist irrig. Die Gründe, die die Arbeiter in den anderen Länder bestimmen, finden unsere volle Würdigung, treffen aber für die deutschen Verhältnisse nicht zu.
Der „Vorwärts“ sagt: Man sieht, daß die Unabhängigen bei der Generalstreikfrage vollkommen unmaßstablos sind und es steht jetzt mit Gewißheit fest, daß sie kein anderes Ziel verfolgen als den Kampf gegen die Regierung, für den ihnen jedes Mittel recht ist, auch die völlige Verbrüderung unseres Wirtschaftslebens zum Schaden der Arbeiter.

In Oesterreich.

b. Wien, 21. Juli. An Oesterreich streifte außer Wien nur Salzburg.

In Italien.

Bern, 21. Juli. (Wolff.) Die italienische Regierung hat umfassende Sicherheitsmaßnahmen für die Streiklage getroffen. In Rom steht ein starkes Truppenaufgebot bereit. Der Privattelegraphenverkehr ist unterbunden. Die öffentlichen Stellen wurden durch drakonischen Verbot über das ganze Land in Fühlung gesetzt. Die Beamten waren auch am Samstag auf ihren Posten.
b. Rom, 21. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Straßen von Rom sind mit Anschlägen in allen Farben, markierten und nicht markierten Plakaten bedeckt, die sich an den Gedanken der Arbeiter wenden, von dem Streik am 21. Juli abzulassen und gegenüber ihren Organisationen Disziplin und Gehorsam zu zeigen. Der „Avanti“ ist in einer besonderen Ausgabe erschienen, in der er die russische und ungarische Republik hochheißt und das Programm der Moskauer 8. Internationale wiederholt. Die durch die Behörden getroffenen Maßnahmen sind schwer. Der Antistreik und alle Umzüge durch die Stadt sind verboten.

Die deutsche Republik.

Die Nationalversammlung gegen den Kolonialraub.

Die Proteste gegen den Raub unserer Kolonien, die im Verlaufe jener unvergesslichen, von vaterländischer Trauer erfüllten Sitzung der Nationalversammlung, in der diese der Ratifizierung des Friedensvertrages zustimmte, von den Rednern aller Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen erhoben worden sind, sind i. St. durch den notwendigen hart gekürzten Pressebericht nur unvollkommen vor der Öffentlichkeit zum Ausdruck gelangt. Wir erfüllen deshalb einen dringenden Wunsch weitester Kreise unseres Volkes, die mit besonderer Begeisterung auch von unseren schönen Kolonien Abstrich nehmen, wenn wir auf Grund des soeben fertiggestellten amtlichen Berichtes über jene Sitzung diese kolonialen Rechtsverletzungen der Fraktionsredner im Zusammenhang wiedergeben.

Der Redner der Mehrheitsfraktion sagte: „Wir erheben wir auch gegen die Wegnahme unserer Kolonien. Wir wollen nicht die Unterstellung, Deutschland wolle die Kolonien nur besitzen als Stützpunkt für die Veranlagung des Welthandels. Diese Unterstellung ist nur eine schlechte Ausrede für den Raub der Kolonien, den wir nicht vergessen werden.“
In der Rundgebung des Zentrums heißt es: „Der Friedensvertrag raubt uns alle unsere mit deutschem Gut und Blut entwickelten Kolonien und fügt diesem Raub noch den Vorwand und Schimpf kolonialistischer Unfähigkeit zu. Mit tiefstem Schmerz erfüllt uns diese Kränkung deutscher Ehre und diese Herabwürdigung deutscher Kultur.“
Die Deutsche Demokratische Partei ließ erklären: „Wir protestieren feierlich gegen den vollen Raub der Kolonien und seine heuchlerische Begründung wie gegen alle Bestimmungen, die mit den uns zugesicherten Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind und uns im Zustande der Wehrlosigkeit durch Erpressung aufzwingen werden.“

Von dem Sprecher der Deutschen Volkspartei wurde ausgeführt: „Was nunmehr vor uns erliegen, anzuerkennen gewillt sind, ist der einfache Diebstahl unserer Kolonien unter der verkleinerten Befugnis unserer Unfähigkeit zu kolonialer Zivilisation.“
Schließlich gab die Deutschnationale Volkspartei ihren Kolonialprotest in folgenden Sätzen kund: „Der englische Ministerpräsident rechtfertigt den Raub unserer Kolonien damit, daß wir uns gegenüber den Eingeborenen dieser Länder verhalten hätten. Jedes Wort einer Rechtfertigung unserer Verletzung wäre eine Demütigung. Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Kinder und Kindeskinde die „moralischen“ Erörterungen der englischen Kolonialgeschichte gründlicher kennen lernen als bisher.“ Von Colonel und Lagerat, von Kautschou und den Treppen Ostafrikas wollen wir niemals ruhe werden, den kommenden Geschlechtern zu hinterlassen.“

Aus dem Staatsauschuß.

In der Vollziehung des Staatenauschusses am Samstag wurde den Einwohnern eines Gebietes über eine ergänzende Maßnahme gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland, eines Gebietes über die Abänderung des Gesetzes über die Regelung der Sozialversicherung, einer Verordnung über die Vertragsabklärung ausgemittelt.

Völlige Trennung von Staat und Kirche in Braunschweig.

In der Braunschweigischen Landesversammlung wurde in namentlicher Abstimmung mit 39 gegen 30 Stimmen die völlige Trennung von Kirche und Schule beschlossen. Ein Antrag auf Ausschaltung des Religionsunterrichts wurde mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gleichfalls angenommen.

Aus den Parteien.

Freidemokratische Jugend Kartusche.

(Eigener Bericht.)
Am Donnerstagabend versammelte sich die Kartlsruher demokratische Jugend, um durch einen Vortrag von Hans Wolfgang Behm ihre Sommerarbeit abzuschließen. Herr Behm sprach über den Versailles Frieden. Obwohl der Vortrag eine Stunde dauerte, konnte Herr Behm nur die Punkte herausgreifen, die offensichtlich in den Augen sprangen. Der Vortrag war eine Anregung für die Jugend, über die Folgen dieses Vertrages nachzudenken. In der Aussprache betrat Herr Cajemann einige Gesichtspunkte über Deutschlands Zukunft in Anlehnung an...

den Osten. Mit einem frischen Bekenntnis, an der politischen Arbeit im Winter sich wieder zu beteiligen, gingen die jugendlichen Anwesenden auseinander.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

In Offenbura ist die Gründung einer Ortsgruppe der Deutschen (liberalen) Volkspartei im Gange.

Badischer Landtag.

Die Uebernahme von Reichs-, Militär- und badischen Hofbeamten sowie Angehörigen der eckelohringischen Landesverwaltung in den badischen Staatsdienst.

Der unallidliche Ausmarsch des Krieges und die politische Umwälzung im Innern haben eine große Anzahl von Reichs- und Militärbeamten vor die Notwendigkeit gestellt, sich anderwärts ein achtbares Unterkommen zu suchen. Hier helfend einzuwirken, ist eine unabsehbare Pflicht von Reich und Bundesstaat. Nach welchem Verteilungsschlüssel die Unterbringung dieser Beamten in den einzelstaatlichen Verwaltungen erfolgen soll, steht gegenwärtig noch nicht fest. Da jedoch die Zahl solcher Aufnahmefähige fortgesetzt wächst, kann ihre Berücksichtigung nicht bis zur endgültigen Regelung der Kräfte, ob die Beamten in den Dienst der Reichs- oder bundesstaatlichen Verwaltungen übernommen werden sollen, zurückgestellt werden. — Um in dringlichen Fällen alsbald eine Entscheidung treffen zu können, sollten die einzelnen Ministerien ermächtigt sein, zur Ermächtigung der Aufnahme solcher Beamten über die im Staatsvoranschlag vorzulegenden Stellensätze hinausgehen zu dürfen. Eine solche Ermächtigung soll den Ministerien durch den Landtag vorzulegenden Gesetzentwurf erteilt werden. Es ist auch nötig, weil sonst die in den badischen Staatsdienst zu übernehmenden Beamten auf erledigte oder in Erledigung kommende etatsmäßige Stellen einzusetzen werden müßten und damit die Anstellungsverhältnisse und Beförderungsaussichten der vorhandenen badischen Beamten in unbilliger Weise verschlechtert würden, was um so unannehmer wäre, als die Anstellungsverhältnisse und Beförderungsaussichten der meisten badischen Beamten ohnehin unzulänglich sind. Das gleiche gilt auch für die noch dienstfähigen Beamten und Anstellstellen der ehemaligen Oberverwaltung. Bei der Uebernahme sollen in erster Reihe solche Beamten berücksichtigt werden, die durch Geburt die badische Staatsangehörigkeit besitzen. Daneben sind aber die Uebernahme von Beamten, die erst später die badische Staatsangehörigkeit erworben haben, ferner von Nichtbadern, insbesondere von solchen, die verwandtschaftlichen Beziehungen zu Baden haben, wohl nicht ganz vermeiden lassen, einmal wegen des zu erwartenden starken Anstaus an Hofbeamten infolge der Zurückverlegung der bisherigen eckelohringisch-französischen Grenze an den Rhein und zweitens deshalb, weil in Baden zur Veranlagung der neuen Kolonien nicht die erforderliche Anzahl geeigneter Beamten sofort zur Verfügung stehen würde. Es ist beabsichtigt, das Gesetz außer Kraft zu setzen, so bald sich mit einiger Genauigkeit übersehen läßt, wieviele Beamte der erwähnten Art in den badischen Staatsdienst zu übernehmen sein werden, nach welchen Grundätzen ihre Uebernahme zu erfolgen hat, welche und wieviele weitere Stellen hiernach in den künftigen Voranschlag aufzunehmen sind.

Der Haushaltsauschuß.

Am Samstag eine Sitzung ab. In ihr wurde jener Teil des V. Nachtrags zum Staatsvoranschlag, der sich mit den Anforderungen des Ministeriums der Finanzen befaßt, erledigt. Es wurde u. a. betont, daß in Baden zu wenig Beamte für die gründliche Steuerberatung vorhanden seien. Man mache die Wahrnehmung, daß besonders auf dem Lande Papiergeld in hohem Maße gehamtert werde, in den einzelnen Haushaltungen aufbewahrt zu entziehen. Viele Millionen Reich Steuern gingen dem Staat und den Gemeinden dadurch verloren. Die Landeinsparungen seien durch diese Hamsterei fast völlig aus dem Geldverkehr verschwinden. Finanzminister Dr. Birch vertrat, mit aller Mitteln dieser finanziellen Schädigung von Staat und Gemeinde entgegenzutreten. Einige Abgeordnete waren in der Lage, schlagende Beispiele für die mangelnde Papiergeldhamsterei zu erbringen.

Ein neuer Ausschuß.

Der Landtag hat aus seinen Reihen einen Ausschuß gebildet und ihm die Aufgabe zugewiesen, die staatl. Mangerechtsanstalten, Gefängnisse, Krankenhäuser usw. zu besuchen und etwaige Mängel an Bau und Verwaltung festzustellen. Der Ausschuß leitet sich zusammen aus den Hg. Fein (Dem.), Karl (D. R.), Rauch (Soz.), Schreiber (Str.), Gebert (Str.) und Weismann (Soz.). Der Ausschuß wählte zu seinem Vorsitzenden den Hg. Gebert (Str.), zu dessen Stellvertreter den Hg. Weismann (Soz.), zum Schriftführer den Hg. Fein (Dem.). Die Besuche des Ausschusses werden untermittelt, nach freier Wahl gemacht.

Badische Politik.

Aus dem Badischen Lehrerverein.

(Eigener Bericht.)
Die badische Volksschullehrerschaft hat seit vielen Jahren wiederholt den dringenden Wunsch ausgedrückt, daß die Volksschule den Volksschullehrern gehören müsse, daß also die Stellen der Kreisräte, Schulinspektoren und Rektoren nicht mehr mit akademisch gebildeten Lehrern oder Beamten, sondern mit tüchtigen Volksschullehrern zu besetzen seien. Das verlangte das Recht der Lehrer auf Anerkennung wie das Wohl der Schule. Trotzdem wurde bis jetzt in Baden noch keine Kreisratsstelle einem Volksschullehrer übertragen, von den Schulinspektoren sind nur zwei unmittelbar aus der Volksschule hervorgegangen und nicht einmal die Rektorstellen sind den Volksschullehrern vorbehalten. Da das Schulgesetz schaffte für ein und dasselbe Amt, für die nämlichen Pflichten und die nämliche Stellung verschiedenen akademischen Stellen, öffnet die Leitung an Volksschulen und einzelner Volksschulabteilungen wissenschaftlich gebildeten Lehrern und Rektoren und bezahlt diese nicht nach dem Amt, sondern nach der Vorbildung. Dieser Fall dürfte im neuen Beamtenwesen einzeln dastehen. In Preußen hat das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung jetzt angedeutet, daß vom 1. Oktober 1919 ab die hochschulmäßige Schulaufsicht durchweg durchzuführen sei, und die Regierungen sind beauftragt worden, dafür geeignete, im Volksschullehrer erfahrene Kandidaten auszuwählen. Im Namen und Auftrag der badischen Volksschullehrerschaft hat nun der Vorstand des Badischen Lehrervereins an das Badische Ministerium des Kultus und Unterrichts eine Eingabe erichtet und darin die dringende Bitte ausgedrückt, es mögen in Zukunft alle Kreisratsräte, Schulinspektoren und Rektorstellen ausschließlich mit tüchtigen Volksschullehrern besetzt werden. An der Begründung wird auch Staatsrat...

Dr. E. v. Gallwürk anführt, der sagt: „Es ist eine recht bittere Erfahrung, daß auch dieses allgemeine Menschenrecht den Volksschullehrern nur in Worten anerkannt worden ist.“

Rödel.

Wie bereits mitgeteilt, hat Oberlehrer W. Rödel in Mannheim infolge seiner Beurteilung im Unterrichtsministerium am 1. Juli d. J. sein Amt als Obmann des Badischen Lehrervereins niedergelegt. Der Engere Vorstand des Vereins gibt den Mitgliedern von dieser Tatsache Kenntnis und widmet dem Schicksal, der 21 Jahre lang im Vorstand des Badischen Lehrervereins unermüdet tätig war, Worte hoher Anerkennung. Der Nachrufer erinnert an die Vorgänge im Jahre 1888, wo bei der Neugestaltung der Beamtenverhältnisse die Lehrer von dem Beamtenrecht und dem Gehaltsverhältnis ausgeschlossen worden sind, obwohl — wie die Regierung selbst sagte — in sich auch den Lehrern und Lehrerinnen an den Volksschulen die Eigenschaft als Beamte zukommen würde. Das rüttelte die badischen Lehrer auf, angeleitet durch treffliche Ausführungen der „Neuen Badischen Schulzeitung“, die zum großen Teile von Rödel verfaßt waren. Als im Oktober 1888 in Offenbura der Zusammenschluß der Volksschullehrerschaft im Badischen Lehrerverein sich vollzog, da half der jugendliche Rödel mit, das Banner der Gerechtigkeit aufzurichten. Seitdem führt er das Schwert und die Keule zur Förderung von Schule und Lehrerschaft, zur Beseitigung des Unrechts von 1888. Nach der demütigenden Hauptverurteilung des Jahres 1897 in Freiburg wurde Rödel in den Vorstand gewählt. Mes, was seitdem im Verein und durch den Verein geschah und erreicht wurde, ist untrennbar mit dem Namen Rödel verbunden. Als Vortragender, als Debattier und als Kampfrichter trat er hin und her und die Wärme seiner Ausfahrungen, in schmerzlichen begeisterten Reden, in Denkschriften und Eingaben, in deren Abfassung er Meister ist, legte er unerschrocken, zielklar, durch zahllose mühsame Unterlagen erhärtet, die Not der Volksschule und ihrer Lehrer dar, stellte die Ziele und zeigte die Wege; die Lehrer begeisterten und zum Ausbarten und Mitkämpfen anfeuernd, weite politische Kreise überzeugend, Regierung und Volksschullehrerschaft mahnend und drängend. Und es ist unter Rödel's Führung vorwärts und aufwärts gegangen. Rödel war auch mit Berufung die badische Beamtenchaft zusammenzuführen, in sie den Gedanken der Notwendigkeit der Gerechtigkeit zu tragen und bei ihnen zu befestigen und damit seinen schon vor 15 Jahren angeregten Plan zu erfüllen. Der „Badische Beamtenbund“, dem jetzt alle in Staats- und Gemeinbedienst stehenden Beamten angehören, ist in erster Linie mit ein Werk Rödel's, in schmerzlicher Kämpfe aufgedacht; in geschlossener Reihe fordern die Beamten mit mehr Nachdruck und mit mehr Wirkung als früher mehr Recht, mehr Freiheit und ein auskömmliches Brot auch zum Segen der Vorkämpfer.

Die französische Botschaft in Hannover.

An der deutschen R.-Versammlung ist von der Botschaft der Parteien, darunter den badischen Hg. Dr. Düringer (D. R.) und Dr. G. S. (Dem.), eine kurze Anfrage eingebracht worden, die die Uebernahme des Reichsbeamtenstandes in der Kugelstern zum Gegenstand hat und zugleich zu der Festnahme der badischen Staatsbeamten, Lehrer und kritisch Stellung nimmt. In die Reichsregierung wird die Frage gerichtet, was sie zu tun gedünke, um die Befragten der beiden badischen richterlichen Beamten, die einem unerhörten, dem Völkerrecht, den Besondere-Vollzugsbedingungen und dem Friedensvertrag widersprechenden Übergriff der franz. Besatzungsbehörden darstellten, rückgängig zu machen. — Die Reaktion der Deutsch-Nat. Volkspartei im badischen Landtag hat eine ähnliche Frage an die badische Regierung gestellt.

Der neue Vorstand der Bauabteilung bei der Generaldirektion.

Als Nachfolger des am 11. Juni d. J. verstorbenen Geh. Oberbaudirektor Ziegler ist das Kollegium der Generaldirektion bei der Bauabteilung, Oberbaudirektor Otto Haugeter zum Vorstand der Bauabteilung bei dieser Behörde ernannt worden. Oberbaudirektor Haugeter hat sich, unter der Leitung des am 1880 der Ingenieurprüfung und widmete sich jedoch dem Eisenbahndienst, in dem er im Jahr 1886 als Ingenieur bei der Eisenbahninspektion angestellt wurde. Im Jahre 1891 wurde er zur Generaldirektion ernannt, ging aber bald darauf wieder in den Besonderen Dienst zurück, zunächst als Bauinspektoren nach Wehrloch. Im Jahr 1902 wurde er zum Vorstand der Eisenbahninspektion in Gernsbach ernannt und zwei Jahre später mit dem Titel Bauart als Kollegialmitglied in die Generaldirektion einberufen. Neben den Arbeiten für den Eisenbahnbau hat Oberbaudirektor Haugeter auf der Planfertigung und Erhaltung des staatlichen Bauwesens in hervorragender Weise mitgewirkt.

Landgerichtspräsident Dr. Kaetzer.

An Stelle des auf sein Ansuchen am 15. September d. J. in den Ruhestand vertriehenen Landgerichtspräsidenten Martin Fleuchaus ist Geh. Oberregierungsrat Dr. Ernst Kaetzer zum Landgerichtspräsidenten in Ronhans ernannt worden. Er ist im Jahr 1863 in Ronhans geboren und fand im Jahr 1892, zwei Jahre nach Ablegung seiner zweiten juristischen Prüfung als Amtsrichter in Donauwechingen seine erste etatsmäßige Anstellung. Bald darauf trat er in die staatsanwaltschaftliche Laufbahn über und war als Staatsanwalt an den Landgerichten Wehrloch, Offenbura und Freiburg tätig, bis er im Jahr 1904 dort zum Landgerichtspräsident ernannt wurde. Nach hierher kam er als erster Staatsanwalt an das Landgericht nach Wehrloch, wo ihm im Jahr 1910 der Rang eines Oberlandesgerichtspräsidenten verliehen wurde. Auf 1. November 1914 wurde er in das Justizministerium als Nachfolger des am Präsidenten der Zivilkammer ernannten Geh. Oberregierungsrats Dr. v. Engelberg berufen. Hier hatte er die auf das Geschäftswesen und den Strafvollzug bezüglichen Arbeiten zu erledigen.

Rücktritt Dr. Debe's.

Der Direktor der Oberrealschule in Baden-Baden Dr. Felix Debe wird auf Ende des Schuljahres in den Ruhestand treten. Er ist 1852 in Mandelbura geboren, studierte Neuphilologie, bestand 1881 die Staatsprüfung und wurde als Lehrkraft am Kaiserlichen Gymnasium in Baden-Baden angestellt. Am Jahre 1886 erfolgte seine Ernennung zum Professor an der Realschule in Karlsruhe und 1892 wurde er Vorstand der höheren Bürgerschule in Emmendingen. Seit 1901 ist er Direktor der Badener Oberrealschule.

Bürgermeisterwahl in Jöhlingen.

Bei der Bürgermeisterwahl am Samstag wurde der feierliche Bürgermeister Fischer von 56 abgegebenen Stimmen mit 51 Stimmen auf eine weitere Amtszeit von 9 Jahren wiedergewählt.

Bürgermeister Schön.

Nach einer Blättermeldung soll der bisherige Bürgermeister und Landtagsabgeordnete Schön von Donauwechingen als Amtmann an das Bezirksamt in Ettlingen kommen.

